

18
78

Union in Deutschland

Bonn, den 4. Mai 1978

Breschnew in Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Gelegenheit zu freimütigen deutsch-sowjetischen Gesprächen anlässlich des Besuchs des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew, stellt Helmut Kohl in einer Erklärung fest.

Die Politik der CDU/CSU ist seit Konrad Adenauer auf die Sicherung des Friedens in Europa gerichtet. Dies schließt die Verständigung und Zusammenarbeit mit allen unseren Nachbarn ebenso ein wie unser Bemühen um die Durchsetzung der Grundfreiheiten und Rechte für alle Menschen. So führt eine gerade Linie von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR unter Bundeskanzler Adenauer über das völkerrechtlich verbindliche Bekenntnis CDU/CSU-geführter Bundesregierungen zum Prinzip des Gewaltverzichts bis zu freiwilligen Rüstungsbeschränkungen und Rüstungskontrollen.

Die CDU/CSU wird die Fortentwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach der sowjetischen Haltung in den folgenden Fragen beurteilen:

① Die CDU/CSU hält unbeirrbar an dem Verfassungsauftrag fest, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und

Weiter auf Seite 2

■ RENTEN

Bevölkerung lehnt Rentenpläne der Bundesregierung ab. Ergebnisse von Umfragen. Seite 4

Auch die Kriegsoffer werden geschöpft. Seite 5

Und Wortbruch gegenüber den Landwirten. Seite 6

■ STRUKTURPOLITIK

Konflikt zwischen SPD und FDP lähmt Handlungsfähigkeit der Regierung. Seite 7

■ VERFASSUNGSFEINDE

Brandt und Bahr wollen plötzlich vom Radikalen-Erlaß nichts mehr wissen. Seite 11

■ SOZIALPOLITIK

Heinrich Windelen antwortet Bundesarbeitsminister Ehrenberg. Seite 12

■ EAK

Wir Protestanten — Position heute. Kongreß des Evangelischen Arbeitskreises in Kassel. Seite 14

■ DOKUMENTATION

Wahlrecht zwischen Wehr- und Zivildienst läßt das Grundgesetz nicht zu. Aus der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichtes. grüner Teil

■ ÖA

Gesamtangebot

rosa Teil

Fortsetzung von Seite 1

mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden. Drohung und Gewalt lehnen wir ab. Auch verkennen wir nicht die realen Machtverhältnisse. Aber zu der Macht der Tatsachen zählt auch der Wille der deutschen Nation zur Einheit, der seine geschichtliche Kraft behalten wird.

Die CDU/CSU verfolgt eine Politik, die den Zusammenhalt unseres Volkes festigt und Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl überwindet.

② West-Berlin ist der weltweit sichtbare Prüfstein der sowjetischen Entspannungspolitik. Freiheit, Sicherheit und Lebensfähigkeit West-Berlins dürfen nicht länger angetastet werden. Das Viermächte-Abkommen ist strikt einzuhalten **und** voll anzuwenden. Die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik Deutschland müssen respektiert und entwickelt werden. Die Einbeziehung West-Berlins in internationale Verträge muß auch in der Praxis ihren Ausdruck finden.

Die CDU/CSU wird die sowjetische Politik insbesondere danach beurteilen, in welchem Maße sie den erklärten Willen der Menschen in West-Berlin selbst berücksichtigt.

③ Die UdSSR ist Vertragspartei der Menschenrechtspakte und Mitunterzeichnerin der KSZE-Schlußakte.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mißt die Aufrichtigkeit der sowjetischen Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch daran, wieweit diese international verbrieften Ansprüche verwirklicht oder verweigert werden.

Die CDU/CSU wird sich auch künftig für die Verwirklichung der bürgerlichen und politischen Rechte aller Menschen einsetzen. Unsere selbstverständliche Solidarität und Fürsorge gilt dabei den Sowjetbürgern deutschen Volkstums.

④ Die Deutschen haben ein lebenswichtiges Interesse an einer gleichgewichtigen Abrüstung. Das besorgniserregend anwachsende Offensivpotential des Warschauer Paktes — das gilt insbesondere für die Produktion von Panzern und Mittelstreckenraketen — macht Fortschritte bei den Verhandlungen über MBFR, SALT II und der Generalversammlung für Abrüstung dringend erforderlich.

Die CDU/CSU steht uneingeschränkt zu den entsprechenden Vorschlägen der NATO. Sie unterstreicht die entscheidende Bedeutung des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, insbesondere die deutsch-amerikanische Freundschaft, für Frieden und Sicherheit in Europa.

⑤ Die CDU/CSU verfolgt mit Sorge, daß die Sowjetunion als bedeutender Industriestaat ihren Beitrag zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt laufend verringert, sich aber immer stärker in internationalen Spannungsgebieten militärisch engagiert.

Die Politik des Friedens und der Entspannung bleibt jedoch unteilbar. Sie muß weltweit gelten.

⑥ CDU/CSU treten für den Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR ein.

Der Wirtschaftsaustausch liegt im beiderseitigen Interesse. Er darf nicht zu einseitigen Abhängigkeiten führen.

Die Fortentwicklung der beiderseitigen Beziehungen setzen gegenseitiges Vertrauen voraus. Vertrauen kann aber nur gewonnen werden, wenn beide Seiten die friedliche Beziehung unter den Menschen fördern.

■ INFORMATION

Überstunden sollen abgebaut werden

Der Innenausschuß des Bundestages hat auf Vorschlag der CDU/CSU-Abgeordneten entgegen dem Vorschlag der Bundesregierung einen stufenweisen Abbau der Mehrarbeitsvergütung im öffentlichen Dienst beschlossen. Bis zum 31. Dezember 1982 wird damit auch den Beamten im Bereich der inneren Sicherheit (Bundeskriminalamt, Bundesgrenzschutz, Landeskriminalämter, Bereitschaftspolizei etc.) jede Mehrarbeit durch Freizeit ausgeglichen, die über 40 Stunden im Monat geht, während die Beamten bisher dafür nur eine bescheidene Stundenvergütung bekommen. Im Rahmen des 8. Gesetzes zur Änderung beamten- und besoldungsrechtlicher Vorschriften hat der Innenausschuß beschlossen: Vom 1. Januar 1976 bis 31. Dezember 1978 dürfen noch mehr als 80 Monatsüberstunden vergütet werden, 1979 maximal 50 Stunden vergütet werden. In anderen Bereichen (Krankenhäuser etc.) tritt dieser stufenweise Abbau schon ein Jahr früher ein.

Öffentliche Betriebe privatisieren

Die CDU-Fraktion im NRW-Landtag will viele öffentliche Dienstleistungsunternehmen privatisieren. Die CDU hat einen entsprechenden Antrag im Landtag eingebracht. In der Debatte über den Antrag beklagte der Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels (CDU) die zur Regel gewordene Erkenntnis, daß Staatswirtschaft mit hohen Defiziten gleichzusetzen sei. Es sei an der Zeit, darüber nachzudenken, ob die öffentliche Hand wirklich Jugend- und Alten-

heime betreiben, Nahverkehrslinien einrichten, für die Müllabfuhr sorgen und die Reinigung der Verwaltungsbüros selbst bewerkstelligen müsse. Daniels wehrte den Einwand ab, daß Privatisierung staatlicher Aufgaben gleichbedeutend mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen sei. Wenn 1 000 Arbeitsplätze fehlen, erklärte er, bedeute das häufig, daß es lediglich an zehn Unternehmern mangle.

3 000 Studenten erhielten „blauen Brief“

Fast 3 000 Studenten in Baden-Württemberg sind zu Beginn des jetzt anlautenden Sommersemesters Opfer der Regelstudienzeit geworden — die ersten in der Bundesrepublik. Falls die betroffenen Studenten die zur Prüfung notwendigen Leistungsnachweise nicht besitzen, müssen sie ihre Studien abbrechen. Die übrigen müssen sich innerhalb eines Jahres zur Prüfung melden. Nach Schätzungen der Universitäten müssen noch in diesem Jahr zusätzlich über 5 000 Studenten in Baden-Württemberg mit „blauen Briefen“ rechnen.

Abiturienten drängen zum Wehrdienst

Die Bundeswehr ist wieder attraktiv. Immer mehr junge Männer melden sich freiwillig zum Wehrdienst. Für Abiturienten, die nur zwei Jahre dienen wollen, gibt es sogar schon „Warteschlangen“. Während sich im letzten Jahr insgesamt 6 500 Männer bei der Annahmestelle in Düsseldorf meldeten, waren es im ersten Quartal 1978 schon 5 000. Als Hauptgründe werden die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Chance einer Berufsausbildung bei der Bundeswehr genannt.

■ RENTENUMFRAGE

Bevölkerung lehnt Rentenpläne der Bundesregierung ab

Einen außergewöhnlichen Vertrauensverlust hat die SPD/FDP-Bundesregierung beim Thema Renten zu verzeichnen. Die Union konnte einen starken Kompetenzdurchbruch erzielen. Dies ergaben Untersuchungen des Instituts für Demoskopie, Allensbach, von Juni/Juli 1977 und Dezember 1977 und des Emnid-Instituts, Bielefeld, vom März 1978.

1. Kompetenzvorsprung der Union

Im Sommer 1977 hatte die CDU/CSU bei der Rentensicherung einen Kompetenzvorsprung von 8 Prozentpunkten vor der SPD. Diesen Vorsprung konnte sie bis zum Dezember auf 10 Punkte ausbauen.

In dieser Zeit wußten 38 Prozent der Bundesbürger die Lösungskompetenz bei den Unionsparteien, und nur 28 Prozent hielten die SPD auf diesem Gebiet für besser (Allensbach).

Neuere Untersuchungen bestätigen den Vorsprung der Union von 10 Prozentpunkten (Allensbach).

Rentner sprechen in ganz besonderem Maße ihr Vertrauen der Union aus: 51 Prozent der Bürger im Rentenalter vertraut auf sie, wenn es um die Sicherung der Renten und deren zukünftige Finanzierung geht.

Dies hat besondere Bedeutung, weil sich die älteren Mitbürger von der Rentendiskussion in außerordentlich starkem Maße persönlich angesprochen fühlen. Dies gilt für fast zwei Drittel (62 Prozent) der über 65jährigen Bürger (Emnid).

2. Regierungspläne werden abgelehnt

24 Prozent aller Befragten lehnen das Rentenpaket der SPD/FDP-Bundesregierung völlig ab. Nur 18 Prozent sind mit den Regierungsplänen einverstanden. 57 Prozent der Bundesbürger sind nur teilweise mit den Maßnahmen der Bundesregierung einverstanden (Emnid). Darin manifestiert sich das große Unbehagen der Bürger an den Rentenplänen der Bundesregierung.

Noch schroffer und deutlicher wird die Ablehnung, wenn man untersucht, was ältere Menschen denken: 36 Prozent lehnen das Maßnahmenbündel der Bundesregierung komplett ab. Nur 17 Prozent sind voll einverstanden (Emnid).

3. Sicherung der Renten hat hohe Priorität

Im Dezember 1977 stufen die Bundesbürger neben Terrorismus und Arbeitslosigkeit die Sicherung der Renten in die Gruppe der drei wichtigsten Probleme ein.

77 Prozent der Bundesbürger fanden zu dieser Zeit, die Sicherung der Renten sei eine besonders wichtige politische Forderung (Allensbach). Die Betroffenen selbst, die Bürger im Rentenalter, setzen die Prioritäten noch stärker: Mit knapp 90 Prozent liegt bei ihnen die Rentensicherung auf dem ersten Platz des Katalogs der Forderungen.

■ RENTEN

Erbitterung ist gerechtfertigt: Kriegsopfer werden geschröpft

Das 10. Anpassungsgesetz in der Kriegsopferversorgung sieht eine Anhebung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes für die nächsten drei Jahre lediglich im gleichen Umfang vor, wie sie auch in den Rentengesetzen vorgenommen werden sollen. Zugleich sind strukturelle Verbesserungen vorgesehen. Die Krise der Rentenversicherung mit der Folge erheblich gekürzter Anpassungssätze der Bestandsrenten nach dem 21. Rentenanpassungsgesetz greift dadurch auch auf die Kriegsopferversorgung über, stellte Albert Burger in der Debatte im Bundestag fest.

Die CDU/CSU lehnt die im Gesetzentwurf vorgesehene Abweichung vom bisherigen Anpassungsmaßstab und vom bisherigen Anpassungsverfahren ab. Sie fordert, daß die Leistungen der Kriegsopferversorgung für 1979 in der Höhe angepaßt werden, wie sie sich aus der Entwicklung der Bruttolöhne in dem maßgebenden Zeitraum ergibt.

Die Erbitterung und Enttäuschung der betroffenen Kriegsopfer ist nur allzu verständlich, wenn sie feststellen müssen, daß durch übernommene Kürzungen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes bis 1981 Einsparungen im Kriegsopferetat von über zwei Milliarden entstehen werden. Keine andere Gruppe muß soviel Opfer für die Stabili-

sierung der Bundesfinanzen erbringen. Als Zynismus und ganze und halbe Unwahrheiten müssen es die Kriegsopfer, insbesondere die Kriegerwitwen, empfinden, wenn Bundesregierung und Koalitionsparteien ständig wiederholen — und dies mit irreführenden Prozentzahlen zu beweisen suchen — wie stark die Renten in den letzten Jahren angestiegen seien. Dabei wird bewußt überdeckt, daß zwischen Renten aus der Rentenversicherung und der Kriegsopferversorgung Anrechnungsvorschriften bestehen, daß Erhöhungen der Versicherungsrenten an den Ausgleichsrenten der Kriegsopfer gekürzt werden, daß Erhöhungen der Grundrenten am Schadensausgleich gekürzt werden und daß der jeweilige Kriegsbeschädigte und die betroffene Kriegerwitwe durch diese Prozentzahlen völlig falsch bewertet werden.

In den Jahren bis 1969 war es in erster Linie der Leistungskraft der Sozialen Marktwirtschaft zu verdanken, daß die Aufwendungen für die Kriegsopfer und Sozialrentner von Jahr zu Jahr gesteigert werden konnten. Dies ist nicht das Verdienst der heute Regierenden, sondern derjenigen, die seinerzeit die Soziale Marktwirtschaft mit freiem Unternehmertum und freier Konsumwahl gegen den oft erbitterten Widerstand der SPD durchgesetzt haben. Die heutige Misere ist zu einem großen Teil auch auf die von der sozial-liberalen Koalition

zu verantwortenden Wirtschaftspolitik zurückzuführen, die nur allzuoft von sozialistischer Ideologie bestimmt ist. Die strukturellen Verbesserungen des 10. Anpassungsgesetzes sind zu begrüßen. Es sind Verbesserungen im Bereich der Heilbehandlung, der Kriegsofferfürsorge, der Elternrenten, des Schadensausgleichs für Kriegsbeschädigte unter 50 Prozent und vor allem auch die Einführung einer weiteren Stufe der Pflegezulage für Schwerstkriegsbeschädigte. Die Mehrkosten werden

jährlich ca. 150 Millionen DM ausmachen. Dies kann nicht genügen, wenn man von zwei Milliarden DM Einsparungen im Bundeshaushalt ausgeht. Die CDU/CSU wird deshalb im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung weitergehende Anträge einbringen. Sie betreffen als erstes den Berufsschadensausgleich. Auch der Schadensausgleich für Witwen soll verbessert werden. Ebenso halten wir im Bereich der Elternrenten Verbesserungen für erforderlich.

Wortbruch gegenüber Landwirten

Von den durch Willkür und Wortbruch gekennzeichneten Plänen der Bundesregierung und der SPD/FDP-Koalition, die Zuwachsraten der Renten in der Rentenversicherung zu kürzen und die bewährte bruttolohnbezogene, dynamische Rente aufzugeben, wird auch im Bereich der Landwirtschaft ein beachtlicher Personenkreis betroffen. Rund 560 000 Empfänger der landwirtschaftlichen Altershilfe, rund 43 500 Empfänger von Landabgabenrente und ca. 18 600 Waisen und Halbwaisen bekommen unmittelbar die Auswirkungen zu spüren. Nach bisher geltendem Recht würde die landwirtschaftliche Altershilfe monatlich betragen:

	Ehepaar	Alleinstehende
ab 1. 1. 1979	426,66 DM	284,72 DM
ab 1. 1. 1980	453,11 DM	302,37 DM
ab 1. 1. 1981	480,75 DM	320,81 DM

Die Bundesregierung und SPD und FDP wollen die monatlichen Leistungen wie folgt festlegen:

	Ehepaar	Alleinstehende
ab 1. 1. 1979	416,— DM	277,60 DM

ab 1. 1. 1980	432,70 DM	288,70 DM
ab 1. 1. 1981	450,10 DM	300,30 DM

In ähnlichem Umfang wie die Leistungen in der landwirtschaftlichen Altershilfe gekürzt werden, sollen auch Landabgabenrente und Waisengeld, die an die Höhe des Altersgeldes gekoppelt sind, vermindert werden. Die monatlichen Kürzungen bei der landwirtschaftlichen Altershilfe betragen 1979 10,— DM; 1980 20,— DM und 1981 30,— DM. Diese Verminderung des landwirtschaftlichen Altersgeldes trifft die alten Bäuerinnen und Bauern angesichts ihrer ohnehin niedrigen „Rente“ besonders hart.

Die sich aus den Kürzungen ergebenden Einsparungen kommen auch nicht den landwirtschaftlichen Alterskassen zugute, sondern verfallen in Höhe von 250 Millionen DM der Bundeskasse.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt die durch Willkür und Wortbruch gekennzeichneten Pläne von SPD und FDP zur Rentensanierung und damit auch die wesentliche Schlechterstellung der landwirtschaftlichen Altersgeldempfänger als unsozial ab.

■ STRUKTURPOLITIK

Konflikt zwischen SPD und FDP lähmt Handlungsfreiheit

Auf den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des SPD-Parteitag vom November 1977 in Hamburg und den kurz zuvor in Kiel verabschiedeten wirtschaftspolitischen Thesen der FDP hat Kurt H. Biedenkopf in der Debatte über die große Anfrage der CDU/CSU zur sektoralen Strukturpolitik hingewiesen.

Während die SPD und damit auch der Bundeskanzler und andere Regierungsmitglieder mit führenden Ämtern in der Sozialdemokratischen Partei festgelegt sind auf den Weg in die dirigistische Investitionssteuerung und damit die Ablösung unternehmerischer Initiative und der Kräfte des Marktes durch bürokratische Gruppenparität und Bevormundung, hat die FDP in Kiel eine marktwirtschaftliche Politik beschlossen, die zahlreiche Berührungspunkte mit den wirtschafts- und ordnungspolitischen Vorstellungen der Union aufweist.

Dieser nicht nur oberflächliche, sondern an die Grundlagen der Wirtschaftspolitik reichende politische Konflikt zwischen den Koalitionsparteien ist der eigentliche Grund für die geringe Aussagekraft der Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der Opposition. Er lähmt die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung zu einer Zeit, wo es nicht genügt, Tagesproble-

me durch publikumswirksames Krisenmanagement zu lösen, sondern wirkliche Entscheidungen über qualitative Veränderungen des wirtschaftspolitischen Kurses gefordert sind. Der Bundesregierung fehlt wegen des ordnungspolitischen Konfliktes zwischen den Regierungsparteien die politische Kraft zur Überwindung der seit nunmehr einem halben Jahrzehnt andauernden wirtschaftlichen Stagnation und damit zu einem Neubeginn.

Von Unternehmen und privaten Haushalten können die notwendigen Investitionen nur erwartet werden, wenn die Regierung zuvor Klarheit über ihre Wirtschaftspolitik geschaffen hat. Angesichts vielfältiger praktischer Erfahrungen geht die Bevölkerung davon aus, daß die Bundesregierung ihre Politik nicht gegen den Willen der SPD formulieren kann.

Deshalb muß das politische Bekenntnis des FDP-Wirtschaftsministers zu Prinzipien der Marktwirtschaft in der gegenwärtigen Koalition letztlich wirkungslos bleiben. Das für einen Neubeginn der Wirtschaft und für ein zukunftsorientiertes Verhalten der Bevölkerung notwendige Vertrauen in die Fortsetzung der Marktwirtschaft kann die gegenwärtige Bundesregierung nicht wiederherstellen.

Rainer Barzel sagte in der Debatte u. a.:

Die Bundesregierung behauptet, alles getan zu haben, was wirtschaftspoli-

tisch erforderlich sei. Wir bestreiten das: Die Möglichkeiten der deutschen Wirtschaftspolitik 1978/79 sind nicht ausgeschöpft.

Unsere Volkswirtschaft mußte „in den ersten beiden Jahrzehnten der Nachkriegszeit“ mit größeren strukturellen Problemen fertig werden als in jüngster Zeit. Das „Tempo des Strukturwandels“ hat keineswegs zugenommen. Manche mit „Strukturen“ begründeten Sorgen scheinen „einem allgemeinen Unbehagen, einer allgemeinen Unsicherheit, möglicherweise auch dem Gefühl zu entspringen, unbekanntem Aufgaben der Zukunft, wie sie der ganz normale Strukturwandel der Wirtschaft ständig mit sich bringt, weniger als früher gewachsen zu sein“.

So müssen wir aufpassen: Mit dem Wort „Strukturkrise“ wird Angst erzeugt! Neben der Weltwirtschaftskrise, die, wie die Bundesregierung sagt, an allem schuld sei — von den Renten über die Arbeitslosigkeit und die verminderten Chancen junger Menschen bis zur Reformunfähigkeit in Staat und Gesellschaft.

Wir haben nichts gegen mehr Transparenz und Information, nichts gegen Analysen zu strukturellen Problemen, welche wissenschaftliche Institute im Wettbewerb aufstellen. Wir haben alles gegen amtliche Prognosen, die Dirigismus erzwingen. Niemand nämlich hat seine Augen und Ohren besser im künftigen Markt als das Unternehmen, das auch morgen sich in diesem Markt mit dem Produkt seiner Mitarbeiter erfolgreich behaupten will. Die genialste Behörde und der begabteste Politiker können nicht schneller und besser sein als der, der nicht nur alle Verästelungen des Marktes kennt und selber Neuerungen entwickelt, sondern selbst das Risiko für sein Wagnis trägt.

Unsere große Anfrage hat den Zweck, ■ die Bundesregierung zu veranlassen, hier ihre Vorhaben zur sektoralen Strukturpolitik öffentlich und verbindlich zu erklären,

■ durch eine parlamentarische Debatte mehr Klarheit in ordnungs- und wirtschaftspolitischen Grundfragen zu gewinnen und

■ von daher aktuelle wirtschaftspolitische Antworten zu geben.

Dem SPD-Abgeordneten Wolfgang Roth gebührt das Verdienst, ehrlich mitgeteilt zu haben, was mit Strukturpolitik, wie sie Sozialisten verstehen, wirklich gemeint ist (W. Roth „Strukturpolitik und überbetriebliche Mitbestimmung“ in „Mitte Links“ 1977, S. 77 ff.): Er verwirft die Soziale Marktwirtschaft und fordert eine „staatliche Planung, die nicht nur als datensetzende Rahmenplanung zu verstehen ist“; die „vorausschauende Strukturpolitik“ müsse die „Globalpolitik“ ergänzen und diene weitgehend der „Beeinflussung der Investitionsabsichten und -maßnahmen“. Die hierfür vorgesehenen, paritätisch mitbestimmenden Gremien sollten „über einen eigenen Apparat verfügen können“.

So wie Jochen Steffen früher dafür plädierte, auf steuerlichem Gebiet die Belastbarkeit der deutschen Marktwirtschaft zu erproben, so empfiehlt nun Wolfgang Roth: Zur Investitionslenkung müsse durch „politische Praxis als Lernprozeß“ geprüft werden, „inwieweit die bestehenden Steuerungsinstrumente des Marktes und der staatlichen Intervention den anstehenden komplexen Problemen jeweils gerecht werden können“. Die Wirtschaft, ohnehin über Gebühr durch Steuern und Paragraphen gelähmt, soll nun noch Schläge auf den Kopf bekommen. Sie walzen nieder und erwarten Ernte!

■ KOALITION

SPD zeigt Respekt

In Kreisen der Bonner Koalitionsparteien, insbesondere der SPD, werden mit Argusaugen die Kongresse der CDU und ihre starke Wirkung in der Öffentlichkeit verfolgt. Bisherige Versuche, dieses offene Gespräch zwischen Politikern und der Wissenschaft zu diffamieren bzw. herunterzuspielen, haben sich offensichtlich als untauglich erwiesen. Nach der jüngsten Fachtagung „Verwaltete Bürger — Gesellschaft in Fesseln“ gibt jetzt sogar das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ (27. April 1978) zu: Eine vernünftig konzipierte Veranstaltung, mit der die CDU versucht, die Kompetenz für die Darstellung des politischen Problembewußtseins zu erlangen.

Weiter heißt es: Mit dieser Tagung und der Veranstaltungsreihe, in der sie steht, wird die Absicht im zentralen Management der CDU deutlich, zwischen den Wahlen soziale Sachverhalte durch die Organisation politischer Diskussionen ernsthaft zu beschreiben.

Von der Konzeption der Kongresse darf eine politische Fernwirkung erwartet werden, deren Bedeutung nicht zu überschätzen ist: weil hier zum ersten Mal eine konservative Partei durch eine wohlüberlegte Veranstaltungskonstruktion versucht, die Problembebeschreibungskompetenz der gesellschaftlichen Produktivkraft Wissenschaft für sich zu gewinnen.

Judo-Vorsitzender auf DKP/SED-Kurs

Die bei Jungsozialisten und Jungdemokraten seit Jahren übliche Praxis ge-

meinsamer Volksfront-Aktionen mit Kommunisten fand eine erneute und beredete Bestätigung durch ein Interview des Judo-Vorsitzenden Christoph Strässer in der offiziellen DKP-Tageszeitung „UZ“ vom 20. April 1978. Es ist nicht nur ein Skandal, daß Strässer durch die Gewährung eines Interviews für die Zeitung einer Partei mit verfassungsfeindlichen Zielsetzungen diese politisch salonfähig zu machen hilft, sondern auch das Interview als solches zeigt den politisch abwegigen und eindeutig antiliberalen Kurs der Jungdemokraten, stellt MdB Gerd Langguth hierzu fest.

Strässer spricht von einem „Abbau der demokratischen Grundrechte“, mit dem man (wer — die SPD/FDP-Regierung?) im Zusammenhang mit den Gesetzen zur Bekämpfung des Terrorismus „auf kaltem Wege demokratische Zustände beseitigen will“. Diese und andere Feststellungen von Strässer zeigen, daß die „Jungdemokraten“ in wichtigen politischen Fragen immer mehr dem politischen Liebeswerben durch DKP und SED/FDJ erlegen sind.

Nölling verteilt nun auch noch Geschenke

Noch immer steht nicht endgültig fest, wieviel Hamburgs Steuerzahler für den Blohm-Skandal zu berappen haben. Schon jetzt sind es aber mindestens 20 Millionen Mark. Da leistet sich Wirtschaftssenator Nölling (SPD) den nächsten Skandal. Als Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) machte Nölling einem hoch dotierten Manager aus Mitteln dieses Staatsbetriebes zum 40jährigen Dienstjubiläum ein Geschenk von 15 000 Mark. Wie es heißt, konnte der Wirtschaftssenator keine Erklärung für seine ungewöhnliche Großzügigkeit ab-

geben. Geld spielt beim Wirtschafts-senator offensichtlich keine Rolle, solange es nicht aus seiner eigenen Tasche kommt.

Ein roter Genosse aus Bonn in Moskau

Auf Einladung des sowjetischen „Komitees zum Schutz des Friedens“ reiste unter Leitung des Unterbezirksvorsitzenden Rudolf Maerker eine Gruppe von Bonner SPD-Mitgliedern in die UdSSR. In einem Interview mit „Nowosti“ am 29. März 1978 auf die Frage: „Was meinen Sie über das Vorhaben der Militärkreise, die Neutronenwaffen vom Stapel laufen zu lassen und sie auf dem bundesdeutschen Territorium zu stationieren?“ antwortete Maerker: „Wir stehen auf der richtigen Seite der Barrikade.“ In der Menschenrechtsfrage stellte SPD-Maerker die UdSSR auf die gleiche Stufe mit der Bundesrepublik Deutschland: „Jeder Staat hat seine Menschenrechtsprobleme, aber wir sollten uns soweit respektieren, daß wir diese Probleme unserer Staaten lösen und nicht mit den Fingern auf den anderen zeigen.“

Lügenpropaganda widerlegt

Mit erheblicher Verspätung hat die Bundesregierung ihren Bericht gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes vorgelegt. Die erstmalige öffentliche Berichterstattung im Parlament widerlegt die Behauptungen der kritischen Eiferer im Inland und der Agitatoren des Ostblocks, daß mit den Steuermitteln in Höhe von 3,7 Millionen DM Kriegshetze und revanchistische Tätigkeit finanziert würden. Vielmehr gilt es, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, das Kulturgut aus den Vertreibungsgebieten im Be-

wußtsein unseres Volkes zu erhalten. Insbesondere soll die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der ost- und mitteleuropäischen Bevölkerung unterstützt werden. Diese Kulturleistung wird vom ganzen Parlament als Bestandteil deutscher Nationalkultur angesehen.

Solidarität mit den Linken

Karl-Heinz Hansen, Manfred Coppik, Dieter Lattmann und Erich Meinike, die „vier standhaften Linken“ der SPD-Bundestagsfraktion, haben jeder etwa ein-tausend „Solidaritätsschreiben“ wegen ihres Abstimmungsverhaltens zu den Anti-Terroristengesetzen erhalten. Viele dieser Dankschreiben stammen von SPD-Vorständen in Ortsvereinen, Unterbezirken, Juso-Gliederungen usw. Nicht selten wird ihnen mitgeteilt, daß sie bei einer weiteren Zuspitzung des politischen Dissens mit der Fraktions- und Parteiführung auf eine politische Zusammenarbeit mit den Absendern bauen könnten.

SPD: Bei Breschnew „wenig hilfreich“

Als „wenig hilfreich“ hat der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion eine Aktion der Gefangenenhilfsorganisation „amnesty international“ anlässlich des Besuches des sowjetischen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew in der Bundesrepublik beurteilt. Die Organisation hatte alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages aufgefordert, eine an Breschnew gerichtete Petition zu unterschreiben, in der sich „amnesty international“ für die Freilassung von 21 namentlich aufgeführten politischen Gefangenen in der Sowjetunion einsetzt. Der SPD-Vorstand empfahl den SPD-Abgeordneten, diese Petition nicht zu unterschreiben.

■ VERFASSUNGSFEINDE

SPD will nichts mehr davon wissen

Brandt, Bahr und Koschnik haben in der vergangenen Woche verkündet, der 1972 von Brandt gemeinsam mit den Regierungschefs aller Länder gefaßte sog. „Radikalen-Erlaß“ sei nicht mehr existent. Man wolle wieder „zum Recht zurückkehren“. Brandt bedeutendster Einflüsterer, SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr, deklamierte sogar im Deutschlandfunk, der Erlaß gehöre „auf den Müllhaufen“.

Mit dieser Aussage beweist die SPD ein mehr als merkwürdiges Staatsverständnis. Ein im Grundgesetz nicht vorgesehener Parteivorstand fühlt sich berechtigt, den gemeinsam gefaßten Beschluß eines Bundeskanzlers und sämtlicher Ministerpräsidenten aufzuheben, erklärt MdB Gerhard Reddemann. Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg stellte zu den Äußerungen der SPD-Spitze fest:

Unser Land hat eine Welle terroristischer Anschläge erlebt. Wir alle stehen unter dem Eindruck der jüngsten Geschehnisse in Italien. Kommunistische Parteien propagieren unverhüllt den bewaffneten Kampf zum Umsturz der bestehenden Ordnung. Allen wird damit immer deutlicher, welche überragende Bedeutung die Verfassungstreue der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst für die Bewahrung unserer freiheitlichen demokratischen Staatsordnung hat.

Die Zulassung von Verfassungsfeinden zum öffentlichen Dienst würde die inne-

re Sicherheit bedrohen und die Handlungsfähigkeit des Staates zum Schutz der Bürger schwächen. Sie würde insbesondere von den stellungssuchenden jungen Menschen nicht verstanden werden, die fachlich qualifiziert sind und sich eindeutig zu unserer Verfassung bekennen, aber keine Beschäftigung im öffentlichen Dienst finden können. Es hätte der SPD besser zu Gesicht gestanden, sich der Sorgen dieser wachsenden Zahl junger Menschen anzunehmen.

Die Gründe, die gegen den Beschluß der Regierungschefs oder seine Handhabung ins Feld geführt werden, sind fadenscheinig. Die „Rückkehr zum Beamtenrecht“ zu empfehlen, wie Egon Bahr dies tut, ist eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit. Der Beschluß der Regierungschefs konnte und wollte kein neues Recht setzen, sondern ausschließlich eine einheitliche Handhabung des bereits geltenden Rechts für den öffentlichen Dienst sicherstellen.

Entscheidungen der obersten Gerichte haben die Zulässigkeit der Praxis grundsätzlich bejaht und noch einmal herausgestellt, daß eine verfassungsrechtliche Pflicht zum Fernhalten von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst besteht.

Es gibt keine sachlichen Gründe für die Sozialdemokraten, sich von der seinerzeit gemeinsamen Auffassung loszusagen. Es sind vielmehr die Forderungen des linken Flügels der SPD, der sich zunehmend in der innerparteilichen Diskussion in der SPD durchzusetzen vermag.

■ SOZIALPOLITIK

Unions-Angebot wurde mißbraucht

Herbert Ehrenberg hat in der Rentendebatte im Bundestag dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Windelen, vorgeworfen, er habe in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Haushaltsausschusses gefordert, die Sozialausgaben müßten abgebaut werden. Er habe auf ein Dementi von Windelen gewartet, das aber sei nicht erfolgt. Dazu erklärt Heinrich Windelen im Bundestag folgendes:

Ich habe am 14. April 1978 eine Presseeklärung abgegeben, in der ich mich bezogen habe auf den einstimmigen Beschluß des Bundestages, der auf den einstimmig gefaßten Beschluß im Haushaltsausschuß zurückgeht, daß nämlich mit der Vorlage des Entwurfs des Haushaltsplans für das Jahr 1978 und der Fortschreibung der Finanzplanung bis zum Jahre 1982 darauf hinzuwirken sei, daß der Haushalt des Bundes unter Berücksichtigung des Artikels 115 GG, der bindend vorschreibt, daß die Schuldaufnahme die Höhe der investiven Ausgaben nicht übersteigen darf, dauerhaft konsolidiert wird. Dazu muß der Schuldenzuwachs mittelfristig abgebaut werden und die Neuverschuldung niedriger liegen als bisher.

Ich halte es für verständlich, daß Journalisten daraufhin fragen, wie man dies

denn bewerkstelligen könne. In diesem Zusammenhang habe ich gesagt, daß die Ausgabenblocks der öffentlichen Haushalte sich wie folgt belaufen: 46 Prozent Transferausgaben, 42 Prozent Staatskonsum, 7 Prozent Investitionen und 3,6 Prozent Schulden, d. h. Zinsendienst. Da im Bereich der Investitionen keine Einsparungen möglich sind, sondern nach der übereinstimmenden Auffassung des ganzen Hauses mehr aufgewendet werden muß, bliebe nur noch der Bereich Transfer und Staatskonsum.

Transferleistungen werden heute selbst mit mittleren Einkommensbereich bis zu etwa 45 Prozent von den Begünstigten selbst finanziert. Die Zwischenergebnisse der Untersuchung der Struktur der Transferausgaben haben ergeben, daß die Transferströme, d. h. die Einkommensübertragungen, nicht mehr, wie wir es wünschen, durchgängig von den Leistungsfähigen zu den Leistungsschwachen fließen, sondern teilweise geradezu umgekehrt. Ich habe daraufhin gesagt, diese Dinge müssen wir durchforsten, d. h. zu einer Neufestsetzung der Prioritäten im Transferbereich kommen, damit wir das sozial Gebotene und Notwendige auch in Zukunft noch leisten können.

Dies war ein Angebot der Opposition, dabei verantwortlich mitzuwirken. Es wurde mir angekündigt, daß dieses Angebot mißbraucht werden würde, um die Opposition zu diskriminieren. Ich stelle zu meinem Bedauern fest, daß die besorgten Kollegen, die Herrn Ehrenberg besser kannten als ich, leider recht behalten haben, daß hier ein wichtiger Ansatz zur gemeinsamen Bewältigung schwieriger Fragen für die Zukunft unseres ganzen Volkes unnützlich vertan worden ist.

■ ZEITAKT

Das hat die CDU/CSU zugunsten der Postkunden durchgesetzt

Der Postverwaltungsrat hat in der vergangenen Woche weitreichende Beschlüsse über die Einrichtung von Telefon-Nahbereichen sowie Gebührenmaßnahmen getroffen. Wenn dabei auch nicht alle Wünsche der CDU/CSU erfüllt wurden, so konnten doch durch sieben Alternativvorschläge und vier erzwungene Debatten im Bundestag die Vorstellungen der Bundesregierung sowie der SPD/FDP bezüglich Telefon-Nahbereiche und Zeittakt durch CDU/CSU in wesentlichen Punkten zugunsten der Bürger verändert werden, stellte MdB Werner Dollinger fest.

So war nach den Erklärungen des Bundespostministers bis zum 28. Januar 1976 nur ein Zeittakt von 4 Minuten möglich — jetzt sollen es 8 oder 12 Minuten sein.

— Bei der Telefonseelsorge war für den Bundespostminister keine Ausnahme vom Zeittakt möglich — jetzt werden der Telefonseelsorge und der Wohlfahrtspflege drei Sondernummern ohne Zeittakt zur Verfügung gestellt.

— Berlin konnte nach Erklärung des Bundespostministers vom Zeittakt nicht ausgenommen werden — jetzt bleibt Berlin vom Zeittakt verschont.

— Für sozial Schwache, alte und kranke Menschen war für den Bundespostminister keine Vergünstigung möglich

— jetzt bekommen sie 30 Gesprächseinheiten pro Monat gratis.

Durch Anträge der CDU/CSU wurde ferner bewirkt: — daß der Mondschein-tarif ab 1. Juli 1978 auf samstags 14.00 Uhr vorverlegt wird — daß der Zeittakt im Nachtarif I für Entfernungen von 50 bis 100 km um 25 % und für Entfernungen über 100 km um 20 % erweitert wird — daß Zeitgeber für die Distanz von 16 Minuten entwickelt wurden.

Um noch besonders gravierende Härten zu beseitigen, schlugen CDU/CSU vor: — für die Zeit von 23.00 bis 6.00 Uhr einen 16-Minuten-Takt festzulegen, um die Spitzenbelastung des Mondschein-tarifs weiter zu entzerren

— entsprechend der Entschließung der Minister-Konferenz für Raumordnung vom 20. April 1978 die Fernsprech-Nahbereiche zumindest auf einen Radius von 25 km auszudehnen.

Mit der vorgesehenen Senkung der Telefon-Grundgebühr entspricht der Bundespostminister einer seit langem erhobenen Forderung der CDU/CSU und bestätigt damit gleichzeitig, daß ihre Behauptung, die Telefon-Gebühren seien überhöht, richtig war.

Die jetzt vorgesehene Anhebung der Postgebühren macht dagegen deutlich, daß der Bundespostminister nur dann gewillt ist, etwas mit der einen Hand zu geben, wenn er mit der anderen Hand wieder nehmen kann. Dies ist in den Augen der Bürger keine gute Politik des Bundespostministers.

■ EVANGELISCHER ARBEITSKREIS

Wir Protestanten — Position heute

„Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat seit einiger Zeit deutlich an Profil gewonnen“ — beginnt in der letzten Wochenendausgabe des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes“ ein Artikel des Vizepräsidenten der EKD-Kirchenkanzlei Erwin Wilkens anlässlich der vom 28. bis 30. April in Kassel stattgefundenen 22. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. „Wir Protestanten — Positionen heute“ war das Leitthema des Kongresses, zu dem sich nahezu 700 Teilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik angemeldet hatten. Auffallend, daß die Hälfte als Mitglieder den Unionsparteien nicht angehörte; auffallend, daß mehr als 100 evangelische Pfarrer unter den Tagungsgästen waren.

In den vielen Gesprächen am Rande der Veranstaltung war immer wieder zu hören, wie stark die Bedeutung des Arbeitskreises gerade für die im vorpolitisch evangelisch-gebundenen Bereich tätigen Menschen ist. Sie sehen in ihm ein Stück Hoffnung, eine ideologisch nicht befrachtete Verbindungsbrücke zwischen Kirche und Politik. Es kamen sicherlich viele nach Kassel, die sich von ihrer Kirche auch im Stich gelassen fühlen, die Orientierungspunkte suchen in einer theologisch oft verworrenen Welt.

Der Vortrag des Landesbischofs der Evangelischen Kirche von Kurhessen-

Waldeck, Dr. Hans-Gernot Jung, am Vorabend des offiziellen Tagungsbeginns stand unter dem Thema „Unsere Kirche heute“. Die zur Eröffnung gehaltenen Referate von Professor Dr. Trutz Rendtorff, München, und Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg beschäftigten sich unter theologischer und politischer Schwerpunktbildung mit dem Leitthema der Tagung und stellten protestantische Positionen der Gegenwart deutlich heraus.

Stoltenberg erklärte u. a., daß das unterschiedliche Wahlverhalten der Protestanten und Katholiken gegenüber den Unionsparteien nach wie vor gegeben sei; er wies darauf hin, daß es immer noch besondere Wirkungen aus der Eigenart und der Tradition der beiden Konfessionen gibt. Rendtorff führte aus, daß die öffentliche Geltung des Christentums sehr viel mit der Zukunft der Freiheit zu tun habe.

Mit dem Freiheitsbegriff setzte sich dann auch der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl auf der öffentlichen Schlußkundgebung auseinander. Er rief dazu auf, wieder mehr Freiheiten, mehr Chancen zur Selbständigkeit zu geben und gegen alle totalitären Versuchungen den Glauben an die Überlegenheit der Freiheit zu setzen. Ordnung und Freiheit — so führte Helmut Kohl weiter aus — müßten zu einer fruchtbaren Synthese verbunden werden. Dabei müsse sich die Freiheit in Staat und Gesellschaft in den konkreten Freiheiten für den einzelnen bewähren. Auf Dauer aber gehe sie zugrunde, wenn sie nicht durch freiwillig-

ge Bindungen der Bürger ermöglicht und begrenzt werde. Helmut Kohl ging dann auch noch auf die politische Entwicklung jener Jahre nach 1969 ein.

„Die Visionen von einst sind längst in Alpträume umgeschlagen. Viele unserer Probleme sind politisch verursacht. Wenn die Regierung manchmal nichts getan hätte, wäre es besser gewesen. Verwaltungsreformen haben vielfach die soziale Umwelt der Menschen zerstört, ohne Rücksicht auf die Folgen für die Menschen. Verstärkte Zentralisierung hat den Bürger der Politik und ihren Entscheidungen entfremdet. Die SPD ist ausbezogen, mehr Demokratie zu wagen, und sie hat mehr Bürokratie gebracht! Parteien haben Erwartungen geweckt, die nicht zu erfüllen waren. Sie haben zuviel versprochen und zu wenig gefordert.“

Zuvor hatte der stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien, Werner Dollinger, sich auf der öffentlichen Schlußveranstaltung u. a. mit dem christlichen Menschenbild beschäftigt. Auch für ihn stellte sich dabei die Frage nach der Eigenverantwortlichkeit des Bürgers. Manche Entwicklungen in der jungen Generation hingen auch damit zusammen, daß manche sich Illusionen machten und dann erleben mußten, wie ihr Traumgebäude zusammenbrach. Unter großem Beifall rief Dollinger aus, daß wir den Menschen die Heilige Schrift wieder ins Bewußtsein bringen müßten, wenn wir sie zu realistischem Handeln bewegen wollten.

In den vier Arbeitskreisen der diesjährigen Bundestagung ging es um Probleme und Fragen der Theologie, der Familie, der Bürokratisierung unseres Lebens sowie die Bildung, wozu die Professoren Rössler, Tübingen, Schleicher, Hamburg, Oberndorfer, Freiburg,

und Thies, Heidelberg, stark beachtete Einführungsreferate hielten. Die nahezu 700 Tagungsteilnehmer, die in Kassel anwesend waren, lernten den Evangelischen Arbeitskreis erneut als ein offenes Forum kennen, welches sich auch kritischen Anfragen nicht verschließt. Dies kam besonders deutlich in den Diskussionen der einzelnen Arbeitskreise zum Ausdruck.

Zu Beginn der Bundestagung waren die Delegierten aus den einzelnen Landesarbeitskreisen in Kassel zusammengetreten, um für die nächsten zwei Jahre den neuen Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises zu wählen. Gerhard Schröder hatte nach mehr als 22jähriger Tätigkeit im Amt des Vorsitzenden auf eine Wiederwahl verzichtet. Mit einem überaus großen Vertrauensvotum wählten die Delegierten den zukünftigen Kultusminister Baden-Württembergs, Professor Dr. Roman Herzog, zu seinem Nachfolger. Gerhard Schröder wurde unter großem Beifall der Delegierten einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des EAK gewählt; Roman Herzog dankte ihm — ebenso wie auch Helmut Kohl im Rahmen der öffentlichen Schlußveranstaltung — für die langjährige Arbeit im Evangelischen Arbeitskreis.

Die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitskreises Werner Dollinger, Wilhelm Hahn, Kai-Uwe v. Hassel wurden in ihren Ämtern bestätigt; neu wurde der bisherige Beisitzer Friedrich Vogel zu einem der vier Stellvertreter Roman Herzogs gewählt. Unter den zwölf Beisitzern ergaben sich ebenfalls bei den Wahlen einige Veränderungen. Neu gewählt wurden u. a. der rheinische CDU-Bundestagsabgeordnete Peter von der Heydt sowie der ehemalige baden-württembergische Justizminister Dr. Traugott Bender.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBUHR BEZAHLT

TERMINE

8. 5. **CDU — Bund**, Präsidium, Bonn
8. 5. **CDU — Bund**, Bundesvorstand, Bonn
8. 5. **CDU Niedersachsen**, Landesvorstand, Hannover
8. 5. **LV Berlin**, Landesvorstand, Berlin
8. 5. **LV Rheinland-Pfalz**, Wahlkampf-ausschußsitzung, Mainz
8. 5. **LV Saar**, Landesvorstand, Saarbrücken
9. 5. **LV Rheinland-Pfalz**, Landesvorstand, Mainz
10./11. 5. **CDU — Bund**, Sozialausschüsse, Sozialsekretärskonferenz, Königswinter
16. 5. **CDU — Bund**, Sozialausschüsse, EUCDA-Vorstandssitzung, Königswinter
17. 5. **LV Rheinland-Pfalz**, Kreisgeschäftsführerkonferenz
17. 5. **LV Rheinland-Pfalz**, Konferenz der Kreiswahlkampfleiter
18./19. 5. **CDU — Bund**, Rechtspolitischer Kongreß, Karlsruhe
19. 5. **CDU — Bund**, Frauenvereinigung, Vorstand, Hamburg
19. 5. **LV Braunschweig**, Landesvorstand, Wolfenbüttel
20. 5. **CDU — Bund**, „Tag der offenen Tür“, Bonn
20. 5. **LV Schleswig-Holstein**, Sozialaus-schüsse, Jahreskongreß, Kiel
20. 5. **BV Südbaden**, Internationaler Bodenseetag, Konstanz
20. 5. **LV Hessen**, Verbraucher-Fach-tagung, Darmstadt
20. 5. **LV Schleswig-Holstein**, Dele-giertentag, Holm b. Schönberg
20. 5. **LV Rheinland**, Frauenvereinigung, Landesversammlung, Oberhausen
20. 5. **KPV/NW**, 60. Fachtagung „Ausländische Arbeitnehmer — Konkurrenten oder Partner?“ Duisburg
20./21. 5. **JU — Bund**, Außerordentlicher Deutschlandtag, Frankfurt
22. 5. **CDU — Bund**, Präsidium, Hamburg
22. 5. **LV Baden-Württemberg**, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart
22. 5. **BV Nordwürttemberg**, Bezirksvorstand, Stuttgart
26. 5. **LV Berlin**, Landesvorstand, Berlin
26. 5. **LV Berlin**, Landesausschuß, Berlin
27. 5. **LV Hessen**, Fachtagung „Soziale Dienste“, Schwalmstadt
28./30. 5. **LV Rheinland**, Kreisgeschäfts-führerkonferenz
29. 5. **CDU — Bund**, Präsidium, Bonn
2. 6. **LV Rheinland**, Landesvorstand, Köln
2. 6. **CDU — Bund**, BFA „Wirtschafts-politik“, Bonn
2. 6. **LV Rheinland-Pfalz**, Landespartei-ausschuß, Mainz

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud